

Beschlussvorlage

zur Behandlung in **öffentlicher Sitzung**

Betreff

Überplanmäßige Aufwendungen und überplanmäßige Auszahlungen im Haushaltsjahr 2018 - Teilplan - 0209 Ausländerangelegenheiten

Beschlussorgan

Rat

Gremium	Datum
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	12.11.2018
Finanzausschuss	19.11.2018
Rat	22.11.2018

Beschluss:

Der Rat beschließt gemäß § 83 GO NRW überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen und die überplanmäßige Bereitstellung investiver Auszahlungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2018 für den Teilplan 0209 des Ausländeramtes:

1. Im Teilergebnisplan 0209 – Ausländerangelegenheiten – überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 260.000 EUR in der Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie in Höhe von 635.000 EUR in der Teilplanzeile 16 – sonstige ordentliche Aufwendungen.

Die vorläufige Deckung der Mehraufwendungen in Höhe von 895.000 EUR erfolgt sowohl durch zahlungswirksame Wenigeraufwendungen in Höhe von 150.000 EUR im Teilergebnisplan 0104 – IT- und Kommunikationsdienste – Teilplanzeile 16 – sonstige ordentliche Aufwendungen als auch durch zahlungswirksame Wenigeraufwendungen in Höhe von 745.000 EUR im Teilergebnisplan 1601 – Allgemeine Finanzwirtschaft, Teilplanzeile 20 - Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen.

2. Investive Mehrauszahlungen in Höhe von 70.000 EUR im Teilfinanzplan 0209 – Ausländerangelegenheiten, Teilplanzeile 9 - Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen Anlagevermögen, Finanzstelle 0000-0209-0-0001 - Beschaffung bewegl. Anlagevermögen.

Die Deckung erfolgt im Haushaltjahr 2018 durch entsprechende investive Minderauszahlung im Teilfinanzplan 0205 – Verkehrsüberwachung, Teilplanzeile 9 - Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen Anlagevermögen, Finanzstelle 0000-0205-0-0100 - Beschaffung KFZ Verkehrsdienst.

Haushaltsmäßige Auswirkungen **Nein**

<input checked="" type="checkbox"/> Ja, investiv	Investitionsauszahlungen		70.000__€	
	Zuwendungen/Zuschüsse	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	_____	____%
<input checked="" type="checkbox"/> Ja, ergebniswirksam	Aufwendungen für die Maßnahme		<u>895.000</u> €	
	Zuwendungen/Zuschüsse	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	_____	____%

Jährliche Folgeaufwendungen (ergebniswirksam): **ab Haushaltsjahr:** _____

a) Personalaufwendungen _____ €

b) Sachaufwendungen etc. _____ €

c) bilanzielle Abschreibungen _____ €

Jährliche Folgeerträge (ergebniswirksam): **ab Haushaltsjahr:** _____

a) Erträge _____ €

b) Erträge aus der Auflösung Sonderposten _____ €

Einsparungen: **ab Haushaltsjahr:** _____

a) Personalaufwendungen _____ €

b) Sachaufwendungen etc. _____ €

Beginn, Dauer _____

Begründung

Im November 2017 wurde entschieden, die Bereiche – Allgemeine Ausländerangelegenheiten – sowie – Zentrale Ausländerbehörde – künftig aus dem Amt für öffentliche Ordnung auszugliedern und zum Ausländeramt zu fusionieren. Durch die Ausgliederung der beiden mit Ausländerangelegenheiten befassten Abteilungen wird dem gewachsenen Umfang und der seit Jahren gestiegenen Bedeutung dieses Bereichs Rechnung getragen.

Im Frühjahr 2018 sind die beiden Bereiche, im Vorgriff auf die Neuorganisation, in die neuen Verwaltungsgebäude an der Dillenburger Str. 56-66 gezogen. Die Anmietung neuer Räumlichkeiten war erforderlich, da die räumlichen Kapazitäten an den bisherigen Standorten Kalk Karree und Blaubach nicht ausreichten.

Durch die räumliche Ausweitung konnten bisher auf Grund von räumlichen Engpässen vakante Stellen besetzt und Ausbildungsplätze eingerichtet werden. Zudem wurde zur Verbesserung der Publikumssteuerung ein Front- und Backoffice System implementiert.

Im Sommer 2017 wurde in der kommunalen Ausländerabteilung die elektronische Akte eingeführt. In Folge dessen werden seit Oktober 2017 die laufen Ausländerakten durch einen externen Dienstleister digitalisiert. Die Digitalisierung wird in den Bezirksausländerämter fortgeführt.

Aus den oben genannten Gründen zeichnet sich ab, dass die zur Verfügung stehenden konsumtiven und investiven Mittel nicht ausreichen. Es wird von einem konsumtiven Mehrbedarf in Höhe von 895.000 EUR und von investiven Mehrauszahlungen in Höhe von 70.000 EUR ausgegangen.

Ursächlich für die Aufwandssteigerungen sind im Wesentlichen die folgenden Faktoren:

- Aufgrund der gestiegenen Anzahl der PC-Arbeitsplätze entstehen zusätzliche Aufwendungen für die Pflege und Wartung der Software. Darüber hinaus sind weitere Anpassungsarbeiten an den Softwarekomponenten der Fachanwendungen erforderlich. Auch die notwendige Inbetriebnahme einer Schnittstelle zur bundesweiten Ausländerdatenbank, dem sogenannten Ausländerzentralregisters (AZR), verwaltet durch das Bundesverwaltungsamt (BVA), verursachte zusätzliche Aufwendungen. Insgesamt werden hier Mehraufwendungen in Höhe von 80.000 EUR erwartet.
- Die Aufwendungen für den Umzug sind gegenüber der Planung um 30.000 EUR gestiegen.
- Die Digitalisierung der Akten in der Hauptstelle musste in Hinblick auf den Umzug im Frühjahr 2018 beschleunigt abgeschlossen werden, da ein Unterbringen der Papierakten räumlich nicht möglich war. Die Digitalisierung wird in den Bezirksausländerämtern fortgeführt. Im Zusammenhang mit der Digitalisierung fallen zusätzliche Aufwendungen in Höhe von 150.000 EUR an.
- Die Anmietung von Sonderflächen zum Abstellen von Dienstfahrzeugen führt zu Aufwandssteigerungen in Höhe von 35.000 EUR,
- Die Möblierung verblieb größtenteils in den vorherigen Räumlichkeiten. Zusätzlich musste eine Vielzahl von neuen Arbeitsplätzen ausgestattet werden. Durch die geänderte Buchungspraxis bei der Beschaffung von geringwertigen Wirtschaftsgütern wie z. B. Kleinmöbel entsteht ein Mehrbedarf in Höhe von 520.000 EUR.
- Die Ausstattung der Arbeitsplätze im neuen Dienstgebäude führt zu Mehraufwendungen in Höhe von 50.000 EUR
- Durch die Einstellung neuer Mitarbeiter erhöht sich der Bedarf für Fortbildungen und Sicherheitstrainings um 30.000 EUR

Mit Bezug des neuen Verwaltungsgebäudes wurde auf Grund der räumlichen Gegebenheiten und aus Aspekten der Arbeitssicherheit eine vollumfängliche Neumöblierung erforderlich. Die bisher genutzte und auf die Bedürfnisse des Kalk-Karrees zugeschnittene Möblierung verblieb dort. Neben des Umzugs der Hauptstelle des Ausländeramtes ist nun kurzfristig der Umzug des Bezirksausländeramtes Mülheim angezeigt. Die sich dort in Nutzung befindlichen Möbel sind in einem Zustand, der einen weiteren Umzug nicht zulässt. Auch hier ist eine Neubeschaffung erforderlich. Darüber hinaus mussten die hinzugewonnenen Arbeitsplätze mit Hardware ausgestattet werden.

Durch die Vielzahl der notwendigen investiven Beschaffungen wird der Planansatz um 70.000 EUR überschritten.

Finanzierung

Die Deckung für die mit der Digitalisierung verbundenen Mehrbedarfe in Höhe von 150.000 EUR erfolgt durch Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan 0104 – IT- und Kommunikationsdienste – Teilplanzeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen. Die Mittel werden hier nicht benötigt, da sich im Rahmen der unterjährigen Bewirtschaftung gezeigt hat, dass diverse Sachverhalte gegenüber der Planung nicht konsumtiv, sondern investiv zu buchen sind. Darüber hinaus erfolgt die vorläufige Deckung der sonstigen Mehraufwendungen in Höhe von 745.000 EUR durch zahlungswirksame Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan 1601 – Allgemeine Finanzwirtschaft, Teilplanzeile 20 - Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen.

Die Deckung des investiven Mehrbedarfes erfolgt durch entsprechende investive Minderauszahlung im Teilfinanzplan 0205 – Verkehrsüberwachung, Teilplanzeile 9, Auszahlungen für den Erwerb von

beweglichen Anlagevermögen, Finanzstelle 0000-0205-0-0100 - Beschaffung KFZ Verkehrsdienst. Da es bei den Beschaffungen zu zeitlichen Verzögerungen kommt, werden die Mittel im Haushaltsjahr 2018 nicht benötigt.